

BÜCHER AUS GRIECHENLAND

Thanos Lipowatz

Aspekte des griechischen Nationalismus

Makedonien bildet die größte nördliche Region Griechenlands und umfasst ungefähr das Gebiet des antiken Makedonien von Philipp und Alexander dem Großen. Seine heutige Bevölkerung beträgt ca 1,5 Millionen Einwohner, von denen die Hälfte in Thessaloniki lebt. Die griechische Region Makedonien ist ethnisch gesehen sehr homogen, und ist nicht zu verwechseln mit der Republik Makedonien (Bevölkerung zwei Millionen, davon 65 Prozent Slawisch [Makedonisch], 25 Prozent Albanisch sprechend, Hauptstadt Skopje). In den letzten zehn Jahren, seit der Unabhängigkeit der Republik Makedonien, entstand ein Konflikt zwischen ihr und Griechenland wegen der Benennung der ersten. Da gewisse nationalistische Kreise in der Republik Makedonien territoriale Ansprüche an Griechenland angemeldet hatten, reagierten nationalistische Kreise in der griechischen Regierung mit der prinzipiellen Ablehnung der Verwendung des Namens „Makedonien“ durch die Republik Makedonien. Das hat sich aber international nicht durchgesetzt, und die Namensfrage ist noch nicht geregelt, obwohl inzwischen, dank der gegenwärtigen Regierung von K. Simitis und G. Papandreou, beide Länder auf pragmatischer Ebene gute nachbarschaftliche Beziehungen pflegen.

Das Buch stellt eine hervorragend durchgeführte empirische Studie über den Einfluss der Fremdenfeindlichkeit auf die wirtschaftliche Entwicklung und Modernisierung der griechischen Region Makedonien dar. Für die Autoren weist gerade die heutige

■ *Makedonien und der Balkan. Fremdenfeindlichkeit und Entwicklung*, Kollektivwerk Athen, 1998, 639 S. (in griechischer Sprache).

politische und ökonomische Konjunktur auf die notwendige Neubestimmung der wirtschaftlichen Rolle Makedoniens im Balkan-Kontext hin. Sie gehen aber von der Feststellung aus, dass ihre günstige geopolitische Lage bisher viel weniger Vorteile für die Region mit sich gebracht hat als hätte erwartet werden können. Seit 1991 nämlich bewirkte die zaghaft angelaufene Kooperation Griechenlands mit den nördlichen Nachbarländern die Wiederbelebung von Gefühlen des Misstrauens, von neuen Spannungsherden und von Xenophobie, was negative Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung der Region hatte. Die skizzierte Ausgangsfrage der Studie ist wirtschaftlich und politisch relevant, insofern die Entwicklung Makedoniens nur unter Berücksichtigung des historischen und geographischen Rahmens der Balkanregion zu realisieren ist.

Die Verfasser beschreiben eine Reihe von Faktoren, wie das Geflecht der (wiederauferstandenen) Balkannationalismen, die Osmose der (alteingesessenen und neuangesiedelten) Bevölkerungsteile Makedoniens, den Bevölkerungsaustausch nach den Balkankriegen 1912/1913 und nach dem griechisch-türkischen Krieg 1920 bis 1922, die sogenannte Makedonienfrage (die alte: die Aufteilung der alten osmanischen Provinz „Makedonien“ unter Serbien, Bulgarien und Griechenland im Jahre 1913, und die neue: die Selbständigkeit der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik Makedonien als Republik Makedonien seit 1991), die Arbeitsemigration von Teilen der makedonischen Bevölkerung nach Westdeutschland in den Jahren 1955 bis 1980, die Arbeitsimmigration von ca. einer halben Million Albanern und Angehörigen anderer Nationalitäten nach Griechenland seit 1991, schließlich die äußerst schmerzliche Zeit der Okkupation Makedoniens durch Nazideutschland und Bulgarien (1941-1944) sowie den Bürgerkrieg (1946-1949).

Heute wird die Bedeutung Makedoniens als eines Knotens von verschiedenen Kommunikationsnetzen und supranationalen Kapital- und Arbeitsströmen erkannt. Die Dynamik von miteinander kooperierenden Nachbarregionen stellt aber für die Autoren den griechischen Staat vor eine Herausforderung, der er bisher nicht gewachsen war. Er war gänzlich unvorbereitet, neue Strukturen der Ressourcenverwal-

tung effektiv zu gestalten. Dementsprechend wird von den Verfassern ein neuer Entwicklungstyp gefordert, der Makedonien eine neue, supranationale Rolle in der Kooperation mit den Nachbarländern zuweist. Und dies weist ethnozentrische Interpretationsmuster ab und verlangt eine Kultur der Toleranz. Andererseits muss auch das Verhältnis der ökonomischen zu den politischen und kulturellen Prozessen im Rahmen der europäischen Union und der Globalisierung der Weltwirtschaft neu durchdacht werden.

Die Hauptziele dieser Untersuchung, die reichlich mit empirischem Material versehen ist, waren

- a) die Erforschung von fremdenfeindlichen Haltungen/Handlungen, das Erfassen der „Andersheit“ in den kollektiven Vorstellungen über die anderen Balkanvölker sowie
- b) die Erforschung der wirtschaftlichen Entwicklung Makedoniens in Zusammenhang mit derjenigen der anderen Balkanländer und der Nachweis von Konflikten.

Die Ergebnisse der Untersuchung sind interessant und widersprüchlich. Die Andersheit von Fremden in Makedonien ist für die Mehrheit der Bevölkerung sowie für die Informanten, die als Experten befragt wurden, kein gravierendes Problem. Aber es gibt einen bedeutenden, kleineren Bevölkerungsanteil, der anders eingestellt ist, und von einer intensiven Fremdenfeindlichkeit und von Vorurteilen geprägt ist. Dazu gehören statistisch mehrheitlich Personen höheren Alters, mit geringer Bildung, wirtschaftlich nicht aktiv, mit regelmäßigem Kirchenbesuch, politisch konservativ, bäuerlicher Herkunft.

Es stellt sich also heraus, dass für eine sinnvolle Regionalentwicklung die Toleranz gegenüber den Fremden eine wesentliche und notwendige Bedingung bildet. So ist die Mehrheit der in der genannten Stichprobe Befragten für eine aktive Privatinitiative in den Nachbarländern. Die Erinnerung an die stürmische Vergangenheit des zwanzigsten Jahrhunderts bewirkte jedoch die wirtschaftlich-strukturellen Schwierigkeiten der Gegenwart und Zukunftsängste, so dass Stereotypen über die Fremden wirksam wurden: So werden die Immigranten aus den osteuropäischen Ländern für die zunehmende Arbeitslosigkeit und Kriminalität, das Sinken der Löhne und die Ver-

schlechterung der Wirtschaftslage auf bestimmten Gebieten verantwortlich gemacht. Aber die gleichen Leute sind gegenüber der sozialen (bildungsmäßigen) Integration der Immigranten positiv eingestellt, und sie erkennen gleichzeitig die positiven Wirkungen der Anwesenheit der Fremden in den entsprechenden Wirtschaftszweigen an, die von den Einheimischen inzwischen weniger bevorzugt werden. Ein Teil der befragten Experten meinte allerdings, dass der Legalisierung der Ausländer eine Grenze gezogen werden sollte, da ihre Anwesenheit zu Problemen und diese wiederum zu Fremdenfeindlichkeit führen könnten.

Ein wichtiger Teil der Studie befasst sich mit der Lage einer slawisch sprechenden Minderheit an der Grenze zu der Republik Makedonien. Ihre Größe wird auf ca. 50 000 Personen geschätzt. Ihre Identitätsbildung war durch Konflikte gekennzeichnet. Da ein großer Teil der heutigen Bevölkerung Makedoniens Vertriebene von der Schwarzmeerküste, d.h. Pontos-Griechen, sind, kam es zum Konflikt zwischen den alteingesessenen slawisch sprechenden und der neuangesiedelten griechisch sprechenden Bevölkerung. Der Konflikt betraf zunächst das knappe Land. Aber der griechische Staat versuchte andererseits zu vermitteln und bemühte sich, mit zentralistischen Maßnahmen eine nationale Integration auf Kosten der lokalen Besonderheiten durchzusetzen. Da das Hauptintegrationsmittel die griechische Sprache und Kultur sein sollten, so profitierten davon primär die ehemaligen Vertriebenen zuungunsten der Alteingesessenen, welche ihre Sprache bis vor kurzem nicht öffentlich sprechen durften.

Seit 1974, dank der wirtschaftlichen Entwicklung (und seit 1996, dank der Regierung von K. Simitis) trat langsam eine Entspannung in diesem Konflikt ein, insbesondere bei der jüngeren Generation. Aber die Angst vor dem fernen, zentralistischen Staat ist bei dem einen Teil noch da, der sich noch an die schmerzlichen Erfahrungen der Bürgerkriegszeit erinnert. Es wurde jedoch auch erkannt, dass die wirtschaftliche Entwicklung eine wesentliche Rolle bei der Überwindung der alten Konflikte spielt; währenddessen aber kamen jetzt neue Konflikte „moderner“ Art infolge der Globalisierung auf. Immer mehr junge Leute verlassen die agrarische Region aus Angst

vor Arbeitslosigkeit und Eintönigkeit, während alte Traditionen verfallen. Sie streiten nicht mehr untereinander, da sie jetzt das gemeinsame Schicksal teilen.

Die Autoren sind schließlich der Meinung, dass der Aufbau des Bildungssystems, insbesondere das Wissen über die Menschenrechte, bei der Integration der Bevölkerung eine wichtige Rolle zu spielen hat. Andererseits wird der Respekt und die Pflege der kleinen Sprachen und Dialekte wesentlich zur Entspannung der Verhältnisse und zur Entfaltung der Toleranz beitragen.

Auf Zypern herrschte ideologisch seit der Unabhängigkeit in den Jahren 1960 bis 1974, das Schlagwort *Enosis* (Vereinigung, Anschluss an Griechenland). Der griechische Nationalismus führte deswegen während dieser Zeit zu Konflikten zwischen der griechischen und der türkischen Bevölkerungsgruppe (Heute umfasst die griechisch-zypriotische Gruppe ca. 600 000 Personen, die türkisch-zypriotische Gruppe ca. 150 000). Im Jahre 1974 fand die türkische Militärintervention auf Zypern statt. Den Anlass dazu gab der Putsch gegen den legitimen Präsidenten der Insel, Makarios, seitens der damaligen griechischen Militärjunta und der rechtsradikalen zypriotischen Nationalisten. Diese traumatischen Ereignisse hinterließen bis heute für beide Bevölkerungsteile Schmerzen, Hass, Tote, Vermisste, Vertriebene. Die politischen Führer beider ethnischen Gruppen sind seit den fünfziger Jahren dieselben geblieben. So befriedigt die Verewigung der ungelösten Zypernfrage viele Interessen auf allen Seiten. Die internationale Gemeinschaft der UNO sieht Gespräche zwischen den zwei ethnischen Gruppen vor, mit dem Ziel der Bildung einer bizonalen Föderation. Der Eintritt der Republik Zypern in die EU (von der der nördliche Teil unter türkischer Besatzung abgespalten ist) soll eine Lösung des Konflikts erleichtern.

Nach 1974 und bis ca. 1985 wurde die griechisch-zypriotische nationalistische Ideologie marginalisiert, währenddessen sich eine zypernzentrierte Ideologie entwickelte, die die Bewahrung der politischen Selbständigkeit der gesamten Inselrepublik zum Ziel hatte. Seit 1985 aber kehrte die griechisch-zentrierte Ideologie wieder auf die Bühne zurück. Ihre Forderung ist heute nicht mehr die Vereinigung mit Griechenland, sondern die Bestätigung der ethnischen

■ Kaiser B. Mavratsas, *Aspekte des griechischen Nationalismus in Zypern. Ideologische Auseinandersetzungen und die soziale Konstruktion der griechisch-zypriotischen Identität, 1974-1996*. Athen 1998, 221 S. (in griechischer Sprache).

griechischen Identität im Rahmen eines unabhängigen Staates, der aber besonders enge politische und kulturelle Beziehungen mit Griechenland haben sollte. So bezweckt die nationalistische Ideologie heute ein Zypern, das in einem «einheitlichen», militärischen, politischen und kulturellen Raum mit Griechenland „organisch“ verbunden ist.

Dieser griechisch-zypriotische Nationalismus provozierte Reaktionen zu einer Zeit, in der im künstlich gegründeten türkisch-zypriotischen Rumpfstaat im von der türkischen Armee besetzten Nordteil der Insel türkisch-zypriotische nationalistische Positionen unter der Leitung des türkischen Generalstabs stark gefördert werden. Der ideologische Konflikt zwischen den griechischen Nationalisten und den zypriotisch-zentrierten „Patrioten“ aber ist nicht neu. Er wurde stärker seit 1974 und er bildet das Feld, in dem die soziale Konstruktion der griechisch-zypriotischen Identität stattfindet. Das Hauptdilemma der griechischen Zyprioten ist: Sind sie Griechen oder Zyprioten? Sind sie zuerst Zyprioten und dann Griechen, oder umgekehrt? Und, sind sie beides gleichzeitig? Je nachdem, wie die Antwort auf dieses Dilemma lautet, hat es Konsequenzen für das Alltagsleben, für die Beziehungen zwischen den zwei ethnischen Gruppen, für das Verhältnis der Insel zu Griechenland und der Türkei, für die Ziele des Erziehungssystems, für das Verhältnis zum griechisch-zypriotischen Dialekt, usw. Die griechisch-zypriotischen Patrioten unterstützen die Politik der Annäherung an die türkischen Zyprioten und sie betrachten dies als die Hauptbedingung für eine Lösung des Zypernproblems. Andererseits sind die türkischen Zyprioten gespalten, genauso wie die griechischen Zyprioten. Verständigungswillige türkische Zyprioten werden aber oft mit Terror bedroht und mundtot gemacht. Die griechischen Nationalisten schließlich verwerfen die Möglichkeit einer interethnischen Annäherung, indem sie behaupten, dass dies die türkische Besatzung seit 1974 als vollendete Tatsache legitimieren würde. Für die griechisch-zypriotischen Patrioten hat die Bildung einer gemeinsamen zypriotischen politischen Identität Vorrang, während für die griechischen Nationalisten die Aufrechterhaltung einer griechischen nationalen und kulturellen Identität Priorität genießt.

Das Buch konzentriert sich auf die politischen und ideologischen Prozesse während der Periode von 1974 bis 1996. Der Autor betont in seiner sehr differenzierten Analyse u.a., dass die ideologischen Ursprünge und die sozialhistorische Entwicklung des griechisch-zypriotischen Nationalismus einen Zweig des griechischen Irredentismus darstellt, welcher seit der Gründung des griechischen Nationalstaats (1821) bis zur Vertreibung der Griechen durch die Türken aus Kleinasien (Smyrna/Izmir) im Jahre 1922 in Griechenland dominierte.

Heute, seit der Regierungsübernahme in Griechenland durch K.Simitis im Jahre 1996 und der Übernahme des Außenministeriums durch G. Papandreou im Jahre 1999, die im Unterschied zu früher eine rationale europazentrierte Politik für die Lösung der Zypernfrage, vermittels der Annäherung an die Türkei, verfolgen, hat sich der Konflikt zwischen den griechischen Nationalisten und den zypriotischen Patrioten verschärft. Sowohl der Autor des Buchs selbst und die zypriotischen Patrioten als auch die heutige griechische Regierung wurden wiederholt zur Zielscheibe der politischen und ideologischen Angriffe von Nationalisten in Griechenland und Zypern. Bei diesen Angriffen spielt die Hierarchie der griechischen und der zypriotischen orthodoxen Kirche eine dominierende Rolle auf einem antiwestlichen, antieuropäischen, antiökumenischen und antitürkischen Geist heraus.

Die Verfasserin eines weiteren hier zu besprechenden Werks ist Spezialistin für internationale Beziehungen. Sie untersucht in ihrem Buch den Begriff der Vermittlung bei der Lösung von internationalen Konflikten unter Berücksichtigung einer sehr ausführlichen internationalen Bibliographie zu diesem Thema. Ihren Ausgangspunkt bildet die Analyse der neuen internationalen Situation seit 1989 im Vergleich mit der Periode davor. Sie fragt nach Kausalbeziehungen zwischen der Struktur des neuen Systems internationaler Beziehungen und dem Ausgang der Friedensinitiativen der UNO und verschiedener Regionalorganisationen. Die Vermittlungstätigkeit selbst ist heute komplizierter geworden und hängt von sehr vielen Faktoren ab. Die Ausgangshypothese der Verfasserin, in Form einer Vermutung formuliert, lautet: Die Rolle der UNO und der Regionalorganisa-

■ Irene Chila, *Die Rolle von Vermittlungen bei der Krisenregulierung. Die UNO in der Ära der einzigen Supermacht*, Athen 1999, 289 S. (in griechischer Sprache).

tionen wird eingeschränkt durch die nationalen Prioritäten und das Hegemonialverhalten der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats der UNO, so dass ihre Vermittlungstätigkeit wie ein Instrument zur Durchsetzung der jeweiligen Nationalinteressen funktioniert.

Eine wesentliche Rolle spielt bei der Verfasserin die Feststellung, dass die neue internationale Wirklichkeit durch Instabilität und Unübersichtlichkeit gekennzeichnet ist dies ist u.a. die Wirkung des islamischen Fundamentalismus, der ökologischen Risiken, der Verbreitung des Drogenhandels, des Terrorismus, der Massenwanderungen, der Zunahme der Kluft zwischen reichen und armen Ländern, des Wiedererwachens der Nationalismen sowie der Verletzungen der Menschenrechte. Dazu kommen noch die unkontrollierbaren (Bürger-)Kriegssituationen, bei denen eine legitime politische Macht abwesend ist und eindeutige Staatsgrenzen fehlen.

Im zweiten Teil ihrer Arbeit untersucht Chilas ausführlich die Rolle der einzigen Hegemonialmacht der Gegenwart, der USA, und ihre Vermittlungsfunktion. Chilas Hypothese/Vermutung lautet: Die verschiedenen Nationen sind nur dann bereit, ihre Interessen auf der Basis von universellen Kollektivbedingungen zu definieren, wenn letztere eine globale Weltordnung stützen, die für die Förderung ihrer Nationalinteressen günstig ist. Auf dieser Weise reduzieren sich die internationalen Institutionen auf die Rolle der Legitimierung jener Nationalinteressen. Im dritten Teil der Arbeit schließlich verwendet sie zwecks Überprüfung ihrer Hypothesen konkrete Fallanalysen: Die Bosnienkrise in Jugoslawien (1991-1995), die erste Irak-Krise (Golfkrieg 1991), die zweite Irak-Krise (1998). Die Autorin kommt dabei zu folgenden Ergebnissen:

Die Frage, ob die UNO nach 1989 effektiver als zuvor in Krisensituationen interveniert habe, ist nicht positiv zu beantworten, da die kollektiven, universalen Normen und Werte nur im Fall der kontingenten Interessenübereinstimmung zwischen den Nationalstaaten befolgt wurden. Dabei sieht sie folgende Gefahren: Solange die UNO sich nicht verbindlich auf universalen Grundsätzen festlegt, verfällt sie jedes Mal ad hoc gefundenen Rechtfertigungsmustern. Außerdem bedeutet die mangelnde Bereitschaft zur Respektierung der universalen Werte und Normen

die Identifizierung vieler Staaten mit den Zielen der stärksten Länder.

Im Jugoslawien-Konflikt (1991-1995) hatte die mangelnde Effektivität der UNO-Vermittlung ihren Ursprung in den Differenzen unter den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats (Russland und China gegen die USA, Großbritannien und Frankreich). Andererseits beachtete die internationale Staatengemeinschaft nicht gebührend die Bedeutung der Sicherheitsforderungen der ethnischen Gruppen. Die Förderung liberal-humanitärer Ansprüche mittels einer friedlichen Konfliktlösung führte im Gegenteil zu gewalttätigen Konflikten, die die Zentrifugalkräfte begünstigten. Der Erfahrungsmangel der EU sowie ihre Unfähigkeit, eine gemeinsame Politik zu formulieren, führten die Vermittlungsbemühungen der EU zum Scheitern. Andererseits rechtfertigte die Ohnmacht der UNO-Intervention, wirksame Maßnahmen durchzusetzen, nur die NATO-Intervention.

Zum Golfkrieg (1991) stellt die Autorin fest, dass die UNO-Intervention eine Folge des Bedürfnisses der westlichen Staaten war, die Kosten einer einseitigen Intervention zu senken. Auf dieser Weise wurde die UNO marginalisiert. Demgegenüber wurde bei der zweiten Irak-Krise eine friedliche Lösung vorgezogen; der Grund dafür war die mangelnde Bereitschaft der europäischen und der arabischen Länder, sich mit den USA zu identifizieren.

Am Schluss ihrer Analyse betont die Verfasserin, die Frage, die sich stellt, lautet nicht, ob die UNO eine selbständige Vermittlungstätigkeit entfalten wird oder nicht, sondern ob es die Wahrscheinlichkeit einer effektiven UNO-Vermittlung für die Erhaltung des Friedens in der Welt gibt. Dafür wäre eine wesentliche Voraussetzung die ständige Einsatzbereitschaft einer selbständigen UNO-Streitmacht. Wenn letztere nicht möglich sein wird, dann wird jedes positive Ergebnis nur die Folge einer kontingenten Politikkonstellation ohne dauerhafte Bedeutung sein.